



**Gewinn- und Verlustrechnung**  
**der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank, Berlin**  
für die Zeit vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2013

	<b>2013</b>		<b>2012</b>	
	€	€	€	€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		60.722,10		109.385,19
2. Zinsaufwendungen		- 2.812,05	57.910,05	- 43,53
3. Laufende Erträge aus				
a) Beteiligungen			49.999,60	36.812,21
4. Provisionserträge		958.418,05		1.065.867,26
5. Provisionsaufwendungen		- 171.851,53	786.566,52	- 1.143.394,48
6. Nettoertrag des Handelsbestands			29.178.446,30	16.709.156,37
7. Sonstige betriebliche Erträge			1.111.966,24	912.458,73
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	- 8.217.007,74			- 5.153.928,98
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	- 1.007.854,75	- 9.224.862,49		- 827.333,08
darunter: für Altersversorgung 294,25 €				311,62
b) andere Verwaltungsaufwendungen		- 12.018.859,48	- 21.243.721,97	- 12.568.395,69
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagevermögen und Sachanlagen			- 226.691,78	- 190.509,54
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			- 9.886,96	- 7.934,14
<b>11. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>			<b>9.704.588,00</b>	<b>- 1.057.859,68</b>
12. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			- 2.917.844,63	- 1.670.915,64
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			- 2.661.442,34	- 34.960,83
darunter: Aufwand aus latenten Steuern -28.202,49 €				- 3.426,43
14. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 10 ausgewiesen			1.803,39	51.885,49
<b>15. Jahresfehlbetrag / -überschuss</b>			<b>4.127.104,42</b>	<b>- 2.711.850,66</b>
16. Gewinnvortrag			- 2.633.783,08	292.703,26
17. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden Unternehmen		30.783,94	30.783,94	-
18. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden Unternehmen		-	-	- 31.795,20
19. Verrechnung mit dem Unterschiedsbetrag aus dem Erwerb eigener Anteile			- 209.540,08	- 182.840,48
<b>20. Bilanzgewinn / -verlust</b>			<b>1.314.565,20</b>	<b>- 2.633.783,08</b>

Berlin, .....2014

Thorsten Commichau

Jörg Hartmann

Klaus-Gerd Kleversaat

Kerstin Timm

Holger Timm

## **Anhang der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank**

### **A. Allgemeine Angaben zur Gliederung des Jahresabschlusses sowie zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

#### **Aufstellung des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank zum 31. Dezember 2013 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Berücksichtigung der Vorschriften für Kreditinstitute sowie der letztmalig am 28. August 2013 geänderten Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung des Jahresabschlusses erfolgt nach der RechKredV; für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde die Staffelform gewählt.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses wurde in € vorgenommen.

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank ist in den Konzernabschluss der Berliner Effektengesellschaft AG, Berlin, die Mutterunternehmen im Sinne des HGB ist, im Rahmen einer Vollkonsolidierung einbezogen. Der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

#### **Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind zum Nennwert bilanziert. Wertpapiere unterscheidet die Gesellschaft in Handelsbestände, Bestände der Liquiditätsreserve (Wertpapiere, die weder wie Anlagevermögen behandelt werden, noch Teil des Handelsbestands sind) und Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden.

Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, und Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind in der Bilanz nicht enthalten.

Die Wertpapiere des Handelsbestands werden in der Bilanz im Posten „Handelsbestand“ auf der jeweiligen Seite der Bilanz ausgewiesen.

Wertpapiere des Handelsbestands sind zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags zu bewerten. Der beizulegende Zeitwert entspricht dem Marktpreis. Soweit kein aktiver Markt besteht, anhand dessen sich der Marktpreis ermitteln lässt, ist der beizulegende Zeitwert mit Hilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden zu bestimmen. Lässt sich der beizulegende Zeitwert weder an einem aktiven Markt noch nach einer anerkannten Bewertungsmethode ermitteln, sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten fortzuführen. Die Gesellschaft hat die Wertpapiere des Handelsbestands anhand von Marktpreisen bewertet. In einzelnen Gattungen liegen keine Marktpreise von aktiven Märkten vor. Dies geht in der Regel mit einem beizulegenden Wert am Abschlussstichtag in Höhe von Null einher, sodass diese vollständig abgeschrieben wurden. Anerkannte Bewertungsmethoden wurden nicht angewandt. Der Risikoabschlag wird zum Bilanzstichtag in Höhe der nicht realisierten Reserven bemessen. Der vorgenommene Risikoabschlag trägt damit den Ausfallwahrscheinlichkeiten der realisierbaren Gewinne Rechnung.

Eigene Aktien, die die Gesellschaft im Bestand hat, sind als Korrekturposten im Eigenkapital auszuweisen. Die Anschaffungskosten sind in Höhe des rechnerischen Werts offen vom gezeichneten Kapital abzusetzen. Der Unterschiedsbetrag zwischen rechnerischem Wert und den Anschaffungskosten der eigenen Aktien ist von den frei verfügbaren Rücklagen abzusetzen. Die Veräußerungserlöse sind in Höhe des rechnerischen Werts dem gezeichneten Kapital hinzuzurechnen. Ein übersteigender Be-

trag ist in Höhe des beim Erwerb verrechneten Betrages den freien Rücklagen wieder hinzuzurechnen. Ein darüber hinausgehender Veräußerungserlös ist in die Kapitalrücklage einzustellen.

Erkennbaren Risiken ist durch Wertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen.

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen haben wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger linearer handelsrechtlich zulässiger Abschreibungen bewertet. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter werden von uns bis 2007 und ab dem Geschäftsjahr 2010 im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und ausgebucht. Die in den Jahren 2008 und 2009 erworbenen geringwertigen Wirtschaftsgüter werden entsprechend der steuerlichen Regelung über fünf Jahre abgeschrieben, beginnend ab dem Jahr der Anschaffung.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen berechnen sich aus unterschiedlichen Wertansätzen eines bilanzierten Vermögenswertes oder einer Verpflichtung und dem jeweiligen steuerlichen Wertansatz. Hieraus resultieren in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerentlastungs- oder -belastungseffekte (temporäre Unterschiede). Sie wurden mit den Ertragsteuersätzen bewertet, deren Gültigkeit für die entsprechende Periode ihrer Realisierung zu erwarten ist und die zum Bilanzstichtag gültig sind. Für die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank ergibt sich ein durchschnittlicher Ertragsteuersatz in Höhe von 30,39 %.

Verbindlichkeiten bilanzieren wir, soweit sie verzinslich sind, mit ihrem Erfüllungsbetrag. Lieferverbindlichkeiten aus dem Leerverkauf von Wertpapieren sind zum beizulegenden Zeitwert zuzüglich eines Risikozuschlags unter dem Posten Handelsbestand ausgewiesen. Der Risikozuschlag wird analog zu dem Risikoabschlag für aktive Handelsbestände gebildet.

Die Rückstellungen für Steuern, ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften haben wir in Höhe des Erfüllungsbetrags nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre abgezinst worden.

Die zum Bilanzstichtag ermittelten anteiligen Zinsen werden bei den zugrunde liegenden Forderungen oder Verbindlichkeiten ausgewiesen.

### **Währungsumrechnung**

Die Bewertung der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden ist nach den Bestimmungen des § 340h in Verbindung mit § 256a HGB vorgenommen worden. Eine Abweichung erfolgte für Aktien, die an einer Börse in € notiert werden und deren Nennwert bzw. deren rechnerischer Wert (z. B. Stückaktien) auf Fremdwährung lautet. Hierunter können zum Beispiel Aktien von US-amerikanischen Gesellschaften fallen, deren Kapital auf US-Dollar lautet. Diese Wertpapiere haben wir mit den in € an einer deutschen Börse festgestellten Schlusskursen zum 30. Dezember 2013 bewertet.

Alle anderen auf Fremdwährungen lautenden Vermögensgegenstände und Schulden wurden zu Referenzkursen der Europäischen Zentralbank oder, falls keine Referenzkurse festgestellt werden, zu am Devisenmarkt ermittelbaren Mittelkursen des Bilanzstichtages umgerechnet.

## B. Erläuterungen zur Bilanz

### Restlaufzeitengliederung

Die **Fristengliederung nach Restlaufzeiten** stellt sich wie folgt dar:

<b>in EUR</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
<b>Andere Forderungen an Kreditinstitute</b>		
a) bis zu drei Monaten	2.070.966,00	4.080.877,49
	<b>2.070.966,00</b>	<b>4.080.877,49</b>
<b>Forderungen an Kunden</b>		
a) mit unbestimmter Laufzeit	65.497,19	63.273,43
	<b>65.497,19</b>	<b>63.273,43</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		
a) täglich fällig	941.302,50	758.552,49
	<b>941.302,50</b>	<b>758.552,49</b>

### Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber verbundenen Unternehmen

#### Gliederung nach Bilanzpositionen

<b>in TEUR</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Forderungen:		
sonstige Vermögensgegenstände	9	52
insgesamt	9	52
Verbindlichkeiten:		
sonstige Verbindlichkeiten	122	145
insgesamt	122	145

### Gesamtbetrag aller auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden

Die Beträge stellen die Summen aus den €-Gegenwerten der verschiedensten Währungen dar. Aus dem Unterschiedsbetrag kann nicht auf offene Fremdwährungspositionen geschlossen werden.

<b>in TEUR</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Vermögensgegenstände	2.453	1.146
Schulden	1.368	584

## Börsenfähige Wertpapiere

<b>in TEUR</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
<b>börsennotiert</b>		
Handelsbestand	3.733	2.103
<b>nicht börsennotiert</b>		
Handelsbestand	0	0

Die im Bestand befindlichen Wertpapiere sind mit Ausnahme von Aktien im Buchwert von 74 T€ (Vj. 101 T€) börsenfähig.

### Handelsbestand (Aktiva 4)

Im Handelsbestand auf der Aktivseite der Bilanz werden zum Bilanzstichtag nur Aktien und Exchange traded Products ausgewiesen. Der Risikoabschlag für den Handelsbestand auf der Aktivseite wurde in Höhe von 81 T€ (Vj. 37 T€) gebildet.

### Entwicklung des Anlagevermögens

in EUR	Anschaffungs- kosten	Zugänge Geschäftsjahr	Abgänge Geschäftsjahr	Umbuchungen	Abschrei- bungen insgesamt	Abschrei- bungen Geschäftsjahr	Restbuchwert 31.12.2013	Restbuchwert Vorjahr
<b>Finanzanlagen</b>								
Beteiligungen	635.709,00	-	510.710,00	-	-	-	124.999,00	124.999,00
<b>Summe Finanzanlagen</b>	635.709,00	-	510.710,00	-	-	-	124.999,00	124.999,00
<b>immaterielle Anlagewerte</b>								
Software	1.986.815,46	46.140,31	-	-	1.890.495,77	117.123,31	142.460,00	213.443,00
<b>Summe immaterielle Anlagewerte</b>	1.986.815,46	46.140,31	-	-	1.890.495,77	117.123,31	142.460,00	213.443,00
<b>Sachanlagen</b>								
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.089.168,05	171.341,30	92.167,53	-	3.820.775,82	108.962,67	347.566,00	285.884,00
Anzahlungen auf An- lagen u. Anlagen im Bau	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Summe Sachanlagen</b>	4.089.168,05	171.341,30	92.167,53	-	3.820.775,82	108.962,67	347.566,00	285.884,00
<b>Summe Anlagevermögen</b>	6.711.692,51	217.481,61	602.877,53	-	5.711.271,59	226.085,98	615.025,00	624.326,00

### **Sonstige Vermögensgegenstände**

Die sonstigen Vermögensgegenstände nehmen Posten auf, die auf der Aktivseite anderen Bilanzposten nicht zuzuordnen sind. Sie betreffen vor allem Forderungen an das Finanzamt aus Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von 138 T€ (Vj. 783 T€). Ferner sind hier 0 T€ Forderungen aus Umsatzsteuerumlagen (Vj. 52 T€), 230 T€ Forderungen aus gestellten Rechnungen (Vj. 14 T€) sowie 189 T€ abgegrenzte Erträge für erbrachte, aber noch nicht abgerechnete Dienstleistungen (Vj. 173 T€) enthalten.

### **Aktive latente Steuern**

Die aktiven latenten Steuern wurden auf den Unterschiedsbetrag der höheren Wertansätze von Sachanlagen in der Steuerbilanz gegenüber der Handelsbilanz gebildet.

### **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

Der Bilanzposten enthält im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme von Wertpapierabwicklungsdienstleistungen einer Bank in Höhe von 348 T€ (im Vorjahr 363 T€).

### **Handelsbestand Passiva 3)**

Im Handelsbestand auf der Passivseite der Bilanz werden zum Bilanzstichtag nur Verbindlichkeiten aus dem Leerverkauf von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesen. Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat die Leerverkäufe im Rahmen ihrer Tätigkeit als Skontroführer und Spezialist abgeschlossen. Der Risikozuschlag für den Handelsbestand auf der Passivseite beträgt 23 T€ (Vj. 10 T€).

### **Sonstige Verbindlichkeiten**

Die sonstigen Verbindlichkeiten nehmen Posten der Passivseite auf, die anderen Bilanzposten nicht zuzuordnen sind. Von den 1.496 T€ (Vj. 1.232 T€) entfallen 1.281 T€ (Vj. 995 T€) auf Verbindlichkeiten und Abgrenzungen aus bezogenen Lieferungen und Leistungen, 91 T€ (Vj. 89 T€) auf noch nicht abgeführte Lohnsteuer sowie 114 T€ (Vj. 145 T€) auf an die Muttergesellschaft abzuführende Umsatzsteuer.

Der Vorauszahlungsbescheid für die Umlage der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bereich Wertpapieraufsicht, erging noch auf der alten Rechtsgrundlage. Da die Bemessungsgrundlage von der Anzahl der Wertpapiergeschäfte auf Bestandteile des Ergebnisses umgestellt wurde, ist statt der beschiedenen und bisher nicht bezahlten Umlage in Höhe von 1.796 T€ eine Umlage von etwa 10 T€ zu erwarten. Aufgrund der Unsicherheit wird der Betrag unter den Rückstellungen und nicht als Verbindlichkeit ausgewiesen.

### **Passive latente Steuern**

Die passiven latenten Steuern wurden auf den Unterschiedsbetrag der höheren Wertansätze von Rückstellungen in der Handelsbilanz gegenüber der Steuerbilanz gebildet.

## Rückstellungen

In die Rückstellungen wurden Beträge eingestellt, die in die Erfolgsrechnung des Geschäftsjahres oder früher gehören, deren Höhe oder Fälligkeit aber noch nicht endgültig feststehen. Bezüglich der Rückstellung für Umlagen der Bankenaufsicht wird auf die Erläuterungen zu den sonstigen Verbindlichkeiten verwiesen. Die Aufgliederung der anderen Rückstellungen ist der folgenden Aufstellung zu entnehmen:

<b>Rückstellung für</b>	<b>31.12.2013</b>	<b>31.12.2012</b>
Personalaufwendungen	1.564 T€	136 T€
Rückbaumaßnahmen	124 T€	118 T€
Kosten des Jahresabschlusses	106 T€	106 T€
Wertpapierabwicklungsdienstleistungen	46 T€	104 T€
Mietnebenkosten, Strom	31 T€	34 T€
Verbandsbeiträge	27 T€	15 T€
Beratungs-, Prüfungsleistungen	13 T€	6 T€
Umlagen der Bankenaufsicht	10 T€	605 T€
Drohende Verluste aus Abwicklungsvereinbarung	0 T€	37 T€
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	0 T€	3 T€
Sonstige Aufwendungen	36 T€	61 T€
<b>Summe</b>	<b>1.957 T€</b>	<b>1.225 T€</b>

## Fonds für allgemeine Bankrisiken

Die Gesellschaft ist gemäß § 340e Abs. 4 HGB verpflichtet, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB jährlich zehn Prozent der Nettoerträge des Handelsbestands zuzuführen. Der Posten darf zum Ausgleich von Nettoverlusten des Handelsbestands aufgelöst werden oder soweit er 50 Prozent des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands übersteigt.

Zum 31. Dezember 2013 ist nach dieser Regelung eine Zuführung in Höhe von 2.917.844,63 € (Vj. 1.670.915,64 €) erfolgt.

## Grundkapital / Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt zum 31. Dezember 2013 vor Absetzung der eigenen Anteile insgesamt 24.554.304,00 €. Das Grundkapital der AG ist eingeteilt in 24.554.304 Stück auf den Inhaber lautende Stückaktien. Größter Anteilseigner und Muttergesellschaft im Sinne des § 290 HGB ist die Berliner Effektengesellschaft AG, Berlin, die auch oberstes Konzernmutterunternehmen ist.

Im Geschäftsjahr wurden keine Aktien im Rahmen des Bezugs aus den Optionsprogrammen ausgegeben. Zum Bilanzstichtag hält die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank 151.536 Stück eigene Aktien mit einem rechnerischen Wert in Höhe von 151.536 €, deren Einziehung beschlossen, im Handelsregister jedoch noch nicht eingetragen ist. Ferner besteht aus der Tätigkeit als Spezialist ein negativer Bestand in Höhe von 288 Aktien.

## Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 16. Juni 2011 ermächtigt, das Grundkapital bis zum 15. Juni 2016 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe neuer Inhaberaktien gegen Bareinlage oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals um bis zu 12.141.177,00 € zu erhöhen und dabei einen vom Gesetz abweichenden Beginn der Gewinnbeteiligung zu bestimmen. Im Geschäftsjahr wurde von der Ermächtigung kein Gebrauch gemacht.

## Bedingtes Kapital

Das bedingte Kapital ist für die Ausgabe von Optionsrechten, Optionsscheinen ohne Schuldverschreibungen, Wandelschuldverschreibungen oder Bezugsrechten ohne Schuldverschreibungen vorgesehen.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 31. März 2006 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 30. Juni 2008 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder auf den Namen lautende verzinsliche Wandelschuldverschreibungen und/oder Optionsrechten mit einer Laufzeit von längstens fünf Jahren und mit einem Wandlungs- beziehungsweise Bezugsrecht auf bis zu 2.300.000 neue Inhaberstückaktien der Gesellschaft zu begeben beziehungsweise zu gewähren. Auf der Hauptversammlung am 20. Juni 2008 wurde diese bestehende Ermächtigung aufgehoben, soweit sie den Betrag von 991.000,00 € übersteigt. Aus den an die Mitarbeiter in den Geschäftsjahren 2007 und 2008 ausgegebenen Optionsrechten können keine Inanspruchnahmen mehr erfolgen.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Juni 2008 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 19. Juni 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder auf den Namen lautende verzinsliche Wandelschuldverschreibungen und/oder Bezugsrechte ohne Ausgabe von Schuldverschreibungen (nachfolgend: „Mitarbeiteroptionen“) mit einer Laufzeit von längstens fünf Jahren und mit einem Wandlungs- beziehungsweise Bezugsrecht auf bis zu 1.424.000 neue Inhaberstückaktien der Gesellschaft nach näherer Maßgabe der Anleihe- bzw. Bezugsbedingungen zu begeben bzw. zu gewähren. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen. Die Mitarbeiteroptionen sind den Berechtigten zur Umsetzung des Mitarbeiterbeteiligungsprogramms der Gesellschaft anzubieten.

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat von 2007 bis 2011 Aktienoptionsprogramme für die Mitarbeiter der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank aufgelegt. Ab 2012 wurden keine Optionsrechte an Mitarbeiter ausgegeben

Unter den aufgeführten Ermächtigungen bestehen zum Bilanzstichtag folgende Optionsrechte:

<b>Jahr der Zuteilung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
bedingtes Kapital	2006	2008	2008	2008
Ausübungszeitraum	01.03.10 - 31.03.13	04.03.11 - 04.03.14	19.03.12 - 19.03.15	08.03.13 - 07.03.16
Ausübungspreis	4,70 €	4,58 €	6,00 €	6,00 €
Ausübungshürde	4,69 €	4,60 €	6,00 €	6,00 €
angebotene Optionen	500.000	500.000	483.000	400.000
angenommene Optionen	500.000	497.000	483.000	400.000
Wert eines Optionsrechts bei Ausgabe	0,11 €	0,12 €	0,33 €	0,20 €
<b>Bestand am 01.01.13</b>	288.596	348.500	481.000	397.600
neu ausgegebene Optionen	-	-	-	-
verwirkte Optionen	-	-	1.000	800
ausgeübte Optionen	-	-	-	-
verfallene Optionen	288.596	-	-	-
<b>Bestand am 31.12.13</b>	-	<b>348.500</b>	<b>480.000</b>	<b>396.800</b>
davon ausübbar	-	-	-	-

Der Ausübungspreis der Optionen steigt um 6 % je Jahr der Laufzeit an.

## **Kapitalrücklage**

Die Veräußerungserlöse eigener Anteile überstiegen die Anschaffungskosten um 5.251,90 € (Vj. 3.665,26 €), die der Kapitalrücklage zuzuführen waren. Zum Bilanzstichtag wird eine Kapitalrücklage in Höhe von 3.739.016,04 € (Vj. 3.733.764,14 €) ausgewiesen.

## **Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen**

In Höhe des Buchwertes der Aktien des Mutterunternehmens, der Berliner Effektengesellschaft AG, ist in der Bilanz eine Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen auszuweisen. Zum Bilanzstichtag werden in den Vermögensgegenständen 222 Anteile an der Berliner Effektengesellschaft AG ausgewiesen. Die Rücklage für Anteile an einem herrschenden Unternehmen ist in Höhe von 1.011,26 € auszuweisen.

## **Gewinnrücklagen**

Die Kapitalrücklage und die gesetzliche Rücklage betragen zusammen mehr als 10 % des gezeichneten Kapitals gemäß der Anforderung des § 150 Abs. 2 AktG. Somit ist keine Dotierung der gesetzlichen Rücklage erforderlich.

Stellen Vorstand und Aufsichtsrat den Jahresabschluss fest, können sie einen die Hälfte übersteigenden Teil des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen, bis die Hälfte des Grundkapitals erreicht ist.

## **Eigene Aktien**

Die Gesellschaft wurde gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG mit Beschluss der Hauptversammlung vom 17. Juni 2010 ermächtigt, die Aktien der Gesellschaft zum Zwecke des Handels in eigenen Aktien zu erwerben.

Die Ermächtigung ist auf den Erwerb von eigenen Aktien mit einem Anteil am Grundkapital von insgesamt bis zu fünf vom Hundert beschränkt und gilt bis zum 16. Juni 2015. Der Handel darf zu Preisen stattfinden, die den Eröffnungskurs der Aktie der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank im Präsenzhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse an dem jeweils vorangehenden Börsentag um nicht mehr als 20 % über- oder unterschritten.

Die Gesellschaft wurde gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG mit Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Juni 2013 ermächtigt, die Aktien der Gesellschaft zu erwerben. Die Ermächtigung darf nicht zum Zwecke des Handels in eigenen Aktien ausgenutzt werden.

Die Ermächtigung ist auf den Erwerb von eigenen Aktien mit einem Anteil am Grundkapital von insgesamt bis zu zehn vom Hundert beschränkt und gilt bis zum 16. Juni 2015. Die erworbenen Aktien dürfen zusammen mit etwaigen aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt zehn vom Hundert des Grundkapitals der Gesellschaft überschreiten. Der Erwerb erfolgt nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines öffentlichen Kaufangebots bzw. mittels einer Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots.

Erfolgt der Erwerb der Aktien über die Börse, darf der von der Gesellschaft gezahlte Gegenwert je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den am Börsenhandelstag ermittelten Eröffnungskurs der Aktie der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank im Entry Standard an der Frankfurter Wertpapierbörse um nicht mehr als zehn vom Hundert über- oder unterschreiten.

Erfolgt der Erwerb über ein öffentliches Kaufangebot bzw. eine Aufforderung zur Abgabe eines Kaufangebots, dürfen der Kaufpreis oder die Grenzwerte der Kaufpreisspanne je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den Durchschnitt der Börsenkurse im Entry Standard an der Frankfurter Wertpapierbörse an den drei Börsenhandelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots bzw. der Aufforderung zur Abgabe eines Kaufangebots um nicht mehr als 15 % über- oder unterschreiten. Ergeben sich nach Veröffentlichung eines Kaufangebots bzw. der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines Kaufangebots erhebliche Kursabweichungen vom gebotenen Kaufpreis, so kann das Angebot bzw. die Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots angepasst werden. In diesem Fall wird auf den Durchschnittskurs der drei Börsenhandelstage vor Veröffentlichung einer etwaigen Anpassung abgestellt. Das Kaufangebot bzw. die Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots kann weitere Bedingungen vorsehen. Sofern das Kaufangebot überzeichnet ist bzw. im Fall einer Aufforderung zur Abgabe eines Angebots von mehreren gleichwertigen Angeboten nicht sämtliche angenommen werden, muss die Annahme nach Quoten erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wird ermächtigt, Aktien der Gesellschaft, die aufgrund dieser oder einer früheren Ermächtigung erworben wurden, zu allen gesetzlich zulässigen Zwecken, insbesondere auch zu den folgenden zu verwenden:

- (aa) Die Aktien können eingezogen werden, ohne dass die Einziehung oder die Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Einziehung kann auf einen Teil der erworbenen Aktien beschränkt werden; von der Ermächtigung zur Einziehung kann auch mehrfach Gebrauch gemacht werden. Die Einziehung führt zur Kapitalherabsetzung. Die Einziehung kann aber auch im vereinfachten Verfahren ohne Kapitalherabsetzung durch Anpassung des anteiligen rechnerischen Betrags der übrigen Stückaktien am Grundkapital erfolgen. Der Vorstand ist für diesen Fall ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung entsprechend zu ändern.
- (bb) Die Aktien können auch in anderer Weise als über die Börse oder durch ein Angebot an die Aktionäre unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre veräußert werden, wenn die Aktien gegen Barzahlung zu einem Preis veräußert werden, der den durchschnittlichen Börsenpreis von Aktien gleicher Ausstattung der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet.
- (cc) Die Aktien können gegen Sachleistung veräußert werden, insbesondere als (Teil-) Gegenleistung im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder zum Erwerb von Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder Unternehmensteilen verwendet werden.
- (dd) Die Aktien können zur Erfüllung von Umtauschrechten aus von der Gesellschaft oder einem Konzernunternehmen der Gesellschaft begebenen Wandelschuldverschreibungen verwendet werden.
- (ee) Die Aktien können an Mitarbeiter der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen sowie an Mitglieder der Geschäftsführung von verbundenen Unternehmen ausgegeben und zur Bedienung von Rechten auf den Erwerb von Aktien der Gesellschaft verwendet werden, die Mitarbeitern der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen sowie Mitgliedern der Geschäftsführung von verbundenen Unternehmen eingeräumt wurden.

2013 wurde von den Ermächtigungen nach § 71 Abs. 1 Nr. 7 und Nr. 8 AktG zum Kauf eigener Aktien zu Handelszwecken Gebrauch gemacht. Die Käufe erfolgten über die TRADEGATE EXCHANGE. 2013 wurden von der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank 97.140 Stück Aktien zu 484.961,79 € erworben. Verkäufe erfolgten in Höhe von 42.617 Stück Aktien mit Erlösen in Höhe von 226.150,63 €. Aus dem Handel in eigenen Aktien resultiert für das vergangene Geschäftsjahr eine Verrechnung mit dem Bilanzgewinn in Höhe von 209.540,08 €.

Der Vorstand fasste im Dezember den Beschluss, 151.536 Aktien im Wege der Kapitalherabsetzung nach § 71 Absatz 1 Nummer 8 AktG einzuziehen. Die Eintragung der Kapitalherabsetzung steht zum Bilanzstichtag noch aus.

## C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### Provisionserträge und -aufwendungen

Die Provisionserträge und -aufwendungen enthalten die Erträge und Aufwendungen, die im Rahmen des Geschäftsbetriebes durch die Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen in Rechnung gestellt werden. Die wesentlichen Posten sind die Specialist Service Fee, die Courtagenerträge und -aufwendungen aus dem börslichen Maklergeschäft (Netto 769 T€, Vj. 742 T€). Courtagenerträge und -aufwendungen werden handelstäglich brutto gebucht. Im Vorjahr waren hier noch Provisionsaufwendungen für die Vermittlung von Wertpapierhandelsgeschäften in Höhe von 954 T€ enthalten, die nunmehr im Nettoergebnis des Handelsbestands ausgewiesen werden.

### Nettoertrag des Handelsbestands

Die Erträge und Aufwendungen des Handelsbestands setzen sich aus den realisierten Ergebnissen, den Bewertungen sowie dem Handelsbestand zuzurechnenden Zinsen, Dividenden und Provisionsaufwendungen zusammen. Die realisierten Ergebnisse entstehen durch den Kauf und Verkauf von Finanzinstrumenten aufgrund von Marktpreisschwankungen.

in TEUR	2013	2012
Nettoergebnis Wertpapierhandel	36.593	21.813
Nettodifferenzen aus Aufgaben	139	3
Sonstige Nettoergebnisse	-78	-257
Erträge aus dem Handelsbestand	176	155
Provisionsaufwendungen aus dem Wertpapierhandel	-7.652	-5.005
<b>Summe</b>	<b>29.178</b>	<b>16.709</b>

### Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten Positionen, die nicht dem eigentlichen Geschäft zuzuordnen sind. Die wesentlichen Positionen der sonstigen betrieblichen Erträge sind der nachfolgenden Aufstellung zu entnehmen.

Sachverhalt	2013	2012
Umlagen sonstige Unternehmen	434 T€	474 T€
Erstattung von Beiträgen	207 T€	0 T€
Erlöse aus der Übertragung von Rechten	189 T€	165 T€
Umlagen verbundene Unternehmen	142 T€	150 T€
Auflösung von Rückstellungen	11 T€	77 T€
Aufzinsung Körperschaftsteuerguthaben	0 T€	4 T€
Sonstige	129 T€	42 T€
<b>Summe</b>	<b>1.112 T€</b>	<b>912 T€</b>

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 218 T€ enthalten (Vj. 109 T€).

## **Periodenfremde Sachaufwendungen**

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind 229 T€ periodenfremde Sachaufwendungen aus Umlagen für die Bankenaufsicht enthalten (Vj. 605 T€) sowie weitere 2 T€ für andere Sachverhalte.

## **Steuern**

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen Steuern für vergangene Jahre aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sowie Steuervorauszahlungen und –rückstellungen für 2013. Hier sind auch Zuführungen und Auflösungen von latenten Steuern enthalten. Für Steuerzahlungen des Veranlagungszeitraums 2013 ist aufgrund des Ergebnisses die Bildung von Steuerrückstellungen erforderlich. Für andere Veranlagungszeiträume wurden Steuererstattungen in Höhe von 99 T€ (Vj. 35 T€ Nachzahlungen) in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

## **D. Sonstige Angaben**

### **Anteilsbesitz**

Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf den 31. Dezember 2013 bzw. auf das Geschäftsjahr 2013, sofern kein anderes Datum angegeben ist.

Tradegate Exchange GmbH, Berlin

Stammkapital:		500.000,00 €
Anteil:	25,0 %	124.999,00 €
Eigenkapital:		977.081,62 €
Jahresüberschuss:		263.729,21 €

### **Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Aus abgeschlossenen Miet-, Leasing- und Wartungsverträgen bestehen Verpflichtungen in Höhe von 2.430 T€ (Vj. 2.583 T€). Sie betreffen in erster Linie die mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2015 abgeschlossenen Mietverträge für Büroräume sowie Dienstleistungs- und Systemkosten.

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat Avalkredite bei der quirin bank AG und der Delbrück Bethmann Maffei AG aufgenommen. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 1.446 T€ (Vj. 2.946 T€). Die Avalkredite dienen vor allem als Sicherheitsleistung nach dem Börsengesetz für die Risiken aus der Abwicklung von Aufgabengeschäften und aus Kursdifferenzen. Für die Avalkredite haben wir Guthaben und Wertpapiere in entsprechender Höhe verpfändet.

## Mitarbeiter

Die Anzahl der Mitarbeiter entwickelte sich wie folgt:

	weiblich	männlich	gesamt	Gesamt Vorjahr
<b>im Jahresdurchschnitt</b>				
Vorstandsmitglieder	1,0	4,0	5,0	5,0
Händler	6,3	38,3	44,6	46,6
Sonst. Angestellte	13,9	25,0	38,9	37,0
Mutterschutz / Elternzeit	1,8	-	1,8	1,8
Auszubildende	-	-	-	-
Werkstudenten	-	1,5	1,5	2,3
<b>Gesamt</b>	<b>23,0</b>	<b>68,8</b>	<b>91,8</b>	<b>92,7</b>
darunter Teilzeitkräfte (volle Kopfzahl)	8,5	7,3	15,8	14,0
darunter Teilzeitkräfte (auf Vollzeitstellen umgerechnet)	6,8	4,8	11,6	9,6
<b>zum 31. Dezember 2013</b>				
Vorstandsmitglieder	1	4	5	5
Händler	6	41	47	44
Sonst. Angestellte	13	19	32	40
Mutterschutz / Elternzeit	2	2	4	2
Auszubildende	-	-	-	-
Werkstudenten	-	2	2	1
<b>Gesamt</b>	<b>22</b>	<b>70</b>	<b>90</b>	<b>92</b>
darunter Teilzeitkräfte (volle Kopfzahl)	9	8	17	13
darunter Teilzeitkräfte (auf Vollzeitstellen umgerechnet)	7,3	5,2	12,4	9,0

## Organe der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank

Im Folgenden sind gemäß § 285 Nr. 10 HGB die Mitglieder des Vorstandes und die Mitglieder des Aufsichtsrates zum 31. Dezember 2013 aufgelistet.

### Mitglieder des Vorstands

**Thorsten Commichau**, Vorstand für IT, Berlin

**Jörg Hartmann**, Vorstand für den Börsenhandel Inland, Berlin

**Klaus-Gerd Kleversaat**, Marktvorstand Privatbankgeschäft, Berlin

**Holger Timm**, Vorstandsvorsitzender, Berlin

**Kerstin Timm**, Vorstand für den Börsenhandel Ausland, Berlin

### Mitglieder des Aufsichtsrats

**Prof. Dr. Jörg Franke**, Frankfurt am Main (Vorsitzender)  
Mitglied in mehreren Aufsichtsräten

**Frank-Uwe Fricke**, Berlin,  
Vorstand der EuroChange Wechselstuben AG

**Karsten Haesen**, Berlin,  
Vorstand der Ventegis Capital AG

**Dr. Andor Koritz**, Berlin, (stellv. Vorsitzender)  
Rechtsanwalt

**Marcus Lehmann**, Frankfurt am Main  
Director, Head of Strategic Finance, Deutsche Börse AG

**Pamela Schmidt-Fischbach**, Nürnberg,  
Direktor Legal Department Cortal Consors S.A. Zweigniederlassung Deutschland

### Organbezüge

Die Vorstandsmitglieder erhielten von der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank Bezüge in Höhe von 1.272 T€. Davon entfielen 0,3 T€ auf geldwerte Vorteile aus einer Gruppenunfallversicherung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten Bezüge in Höhe von 52 T€ einschließlich Umsatzsteuer.

### Honorare an Dohm Schmidt Janka Revision und Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach § 285 Nr. 17 HGB

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat im vergangenen Geschäftsjahr an den Abschlussprüfer, die Dohm Schmidt Janka Revision und Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, folgende Zahlungen geleistet und folgenden Aufwand erfasst:

in TEUR	Zahlungen	Aufwand
Für die Abschlussprüfung	71	71
Für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	49	24
<b>Gesamt</b>	<b>120</b>	<b>95</b>

Im Vorjahr waren folgende Beträge erfasst:

in TEUR	Zahlungen	Aufwand
Für die Abschlussprüfung	71	71
Für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	25	25
<b>Gesamt</b>	<b>96</b>	<b>96</b>

### **Ergebnisverwendungsvorschlag**

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn 2013 zur Zahlung einer Dividende in Höhe von 0,05 € je umlaufender Aktie am Tag der Hauptversammlung zu verwenden. Der nicht benötigte Teil des Bilanzgewinns soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Berlin, 28. Februar 2014

Tradegate AG Wertpapierhandelsbank

Thorsten Commichau

Jörg Hartmann

Klaus-Gerd Kleversaat

Kerstin Timm

Holger Timm

# Lagebericht

---

*der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank zum Jahresabschluss per  
31. Dezember 2013*

## 1 Grundlagen

### 1.1 Vorbemerkung

Die Gliederung des Lageberichtes folgt im Wesentlichen den vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. verabschiedeten im Deutschen Rechnungslegungs Standard 20 niedergelegten Regelungen.

### 1.2 Organisation und Geschäftsfelder

Die Gesellschaft verfügt über die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erteilte Erlaubnis zum Betreiben von Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäften. Der volle Umfang der Erlaubnis kann auf der Homepage der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht eingesehen werden. Die wesentlichen Erlaubnistatbestände aus Sicht der Gesellschaft sind:

Einlagengeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG),  
Kreditgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 KWG),  
Finanzkommissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 KWG),  
Depotgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 KWG),  
Emissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 10 KWG),  
Anlagevermittlung (§1 Abs.1a Satz 2 Nr. 1 KWG),  
Abschlussvermittlung (§1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 2 KWG),  
Eigengeschäft (§ 32 Abs. 1a KWG) und  
Eigenhandel für andere (§1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 4 KWG).

Das wesentliche Geschäftsfeld ist die Spezialistentätigkeit / Eigenhandel. Ergänzend wird in sehr geringem Umfang das Private Banking betrieben. Zur Umsetzung ihrer Geschäftsfelder ist die Gesellschaft als Market Specialist an der TRADEGATE EXCHANGE und der Frankfurter Börse (XETRA 2) sowie als Skontroführer an der Börse Berlin tätig. Sie hat weitere Börsenzulassungen in München, Stuttgart, Hamburg, Hannover und Düsseldorf und ist Designated Sponsor auf XETRA. In geringem Umfang betreibt die Gesellschaft neben der börslichen Tätigkeit auch außerbörslichen Handel. Der Schwerpunkt der Handelstätigkeit liegt seit einigen Jahren in der Betreuung von Finanzinstrumenten (Aktien und ETPs) als Market Specialist an der TRADEGATE EXCHANGE. Der Betrieb der TRADEGATE EXCHANGE erfolgt durch die Tradegate Exchange GmbH, Berlin, an der die Gesellschaft zum Bilanzstichtag noch knapp 25% der Geschäftsanteile hält und die als „Joint Venture“ gemeinsam mit dem Mehrheitsgesellschafter Deutsche Börse AG betrieben wird.

Die Gesellschaft stellt an verschiedenen Börsen fortlaufend in mehr als 6.000 Wertpapiergattungen, überwiegend Aktien, An- und Verkaufspreise. Soweit die Gesellschaft ihre Tätigkeit als Skontroführer an der Börse Berlin wahrnimmt, fließt ihr für Umsätze eine Provision, die Maklercourtage, zu. An der Frankfurter Wertpapierbörse ist die Gesellschaft als Market Specialist tätig. Die Gesellschaft erhält für ihre Tätigkeit eine performanceabhängige Gebühren-

erstattung, die zumindest teilweise die weggefallenen Provisionen ersetzen können. Wesentliche Ertragsquelle der Gesellschaft ist das Finanz-/Handelsergebnis, das sich aus dem rechnerischen Spread zwischen Ankauf und Verkauf einer Position ergibt. An elektronischen Börsen oder Marktplätzen wie XETRA, der TRADEGATE EXCHANGE und der Frankfurter Wertpapierbörse wird keine Maklerprovision fällig und der Ertrag wird hier durch das Handelsergebnis aus An- und Verkauf bestimmt. Da das Geschäft volumengetrieben ist, versucht die Gesellschaft, möglichst viele Kunden mit ihren Preisen zu erreichen. Mittel- oder langfristige Risikopositionen aus dem Eigenhandel sind nicht vorgesehen und nicht Teil des Geschäftskonzeptes. Längerfristige Eigenbestände sind daher immer ausschließlich Teil der Liquiditätssteuerung der Gesellschaft und dem Vorstand vorbehalten.

Die Geschäftsleitung, alle administrativen Bereiche und die überwiegenden operativen Bereiche sind am Hauptsitz der Gesellschaft in Berlin angesiedelt. In Frankfurt am Main unterhält die Gesellschaft eine technisch und personell ausgestattete Niederlassung für die lokal angesiedelte Tätigkeit als Market Specialist an der Frankfurter Börse.

Wegen der ständig zunehmenden Bedeutung des computergestützten Handels liegt ein Schwerpunkt der Gesellschaft in den beiden Abteilungen IT-Operations und IT-Development. Die Gesellschaft ist daher in diesen Bereichen weitgehend autark und legt insbesondere Wert auf die Entwicklung proprietärer Programme für die Bereiche Handel, Handelsabwicklung und Risikocontrolling.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft besteht aus fünf Vorstandsmitgliedern, von denen zwei für die Handelsbereiche einschließlich der Leitung der Niederlassung in Frankfurt zuständig sind. Ein weiteres Vorstandsmitglied ist für die Bereiche IT-Development und IT-Operations zuständig und betreut die Tradegate Exchange GmbH als Geschäftsführer. Der Bereich Bankgeschäfte liegt in der Verantwortung eines weiteren Vorstandsmitglieds. Der Vorstandssprecher ist schwerpunktmäßig für die strategische Planung und Koordination sowie die administrativen Bereiche wie Organisation, Personalwesen, Compliance und Recht, Marktfolge Kreditgeschäft, Revision und Geldwäsche sowie Rechnungswesen einschließlich Controlling und Meldewesen zuständig.

### **1.3 Wettbewerbsposition**

Ab dem Jahr 2010 wird die seit dem Jahr 2000 entwickelte und betriebene Handelsplattform TRADEGATE® als neue Wertpapierbörse in Deutschland und Europa betrieben. Damit steht die TRADEGATE EXCHANGE nun in einem direkten und vergleichbaren Wettbewerb insbesondere mit den sieben deutschen Präsenzbörsen. Für die Gesellschaft ist der weitere Erfolg der TRADEGATE EXCHANGE wichtig, weil inzwischen bis zu 96% der Geschäftsabschlüsse und bis zu 90% der Erträge aus dem Handel als Spezialist für Aktien und ETPs an der TRADEGATE EXCHANGE resultieren. Um den nachhaltigen Erfolg und das weitere Wachstum an der TRADEGATE EXCHANGE zu sichern bzw. zu steigern, wird seit dem Geschäftsjahr 2010 die Trägergesellschaft der neuen Börse, die Tradegate Exchange GmbH, als Joint Venture mit dem neuen Mehrheitsgesellschafter, der Deutschen Börse AG, betrieben. Nach einem sehr geringen Zuwachs von nur 0,38% in der Anzahl der Aktientrades an der TRADEGATE EXCHANGE im Jahre 2012, war im Jahr 2013 mit 34,5% auf nun 7.426.314 Einzeltransaktionen wieder ein sehr erfreuliches Wachstum zu verzeichnen. Da die relevanten Wettbewerber im Jahr 2013 deutlich geringere Zuwächse bzw. sogar leichte Rückgänge zu verzeichnen hatten, ist der Marktanteil der TRADEGATE EXCHANGE am Aktienhandel, im Vergleich zu den sieben deutschen Wettbewerbsbörsen, weiter auf bis zu 58% gestiegen. In Bezug auf das Marktsegment Aktienhandel konnte die TRADEGATE EXCHANGE somit

ihre führende Position als Handelsplattform für Privatanleger in Deutschland nicht nur festigen, sondern weiter ausbauen.

Im Jahr 2013 konnten verschiedene neue Kunden für die TRADEGATE EXCHANGE gewonnen werden, die allerdings überwiegend erst im Jahr 2014 den Handel aufnehmen werden. Die Umsatzzuwächse und der Ausbau der Marktanteile resultieren im Jahr 2013 zu einem guten Teil aus der weiteren Optimierung der Umsatzpotentiale mit Bestandskunden.

Neben der Tätigkeit als Spezialist an der TRADEGATE EXCHANGE wird die Gesellschaft auch weiter als Skontroführer an der Berliner Wertpapierbörse und als Market Specialist an der Frankfurter Wertpapierbörse tätig bleiben. Die Überführung der Marktbetreuung von Wertpapieren an der Frankfurter Wertpapierbörse im Jahr 2011 auf ein anderes Handelssystem (XETRA 2) und ein neues Handelsmodell war mit einigen Startschwierigkeiten verbunden, die wahrscheinlich bei allen ehemaligen Skontroführern und heutigen Market Specialists zunächst zu wirtschaftlichen Einbußen geführt haben. Die Gesellschaft geht aber davon aus, dass das Marktmodell in Frankfurt kontinuierlich weiter modifiziert und verbessert wird und auch künftig eine wichtige Rolle im Dienstleistungsspektrum der Gesellschaft spielen kann. Zum Jahresende wurde von der Frankfurter Wertpapierbörse bereits eine Initiative zur Sicherung der Qualität und der Stärkung des Finanzplatzes begonnen. Aus der Gesamtschau ergänzen sich die Tätigkeiten der Gesellschaft an den Börsen TRADEGATE EXCHANGE, Frankfurt und Berlin hervorragend, da alle drei Börsen unterschiedliche Stärken und Schwächen aufweisen bzw. für unterschiedliche Kundenbedürfnisse zugeschnitten sind.

Ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor ist für alle Börsen der weiter zunehmende außerbörsliche Handel auch mit Privatanlegern. Die Marktanteile des außerbörslichen Handels sind zwar nicht eindeutig zu quantifizieren, aber es ist davon auszugehen, dass in den vergangenen Jahren erhebliche Umsatzpotentiale von den regulierten Börsenplätzen abgewandert sind. Um auch künftig keine Marktanteile zu verlieren, bietet die Gesellschaft ihre Dienstleistung als Market Maker auf ausdrücklichen Kundenwunsch auch im außerbörslichen Handel an, rät aber Privatanlegern grundsätzlich zur Ausführung an einem regulierten Börsenplatz wie der TRADEGATE EXCHANGE.

Die Gesellschaft wird ihre Geschäftssparten in den nächsten Jahren behutsam erweitern, aber auch langfristig wird sie sich auf ihre Kernkompetenz im Wertpapierhandel mit Aktien und ETPs konzentrieren. Durch die erfreuliche Umsatzentwicklung an der TRADEGATE EXCHANGE und die weitere Tätigkeit als Spezialist bzw. Skontroführer an der Frankfurter und Berliner Wertpapierbörse sollte es der Gesellschaft auch in den kommenden Jahren gelingen, die für einen profitablen Geschäftsbetrieb erforderliche Menge an Geschäftsabschlüssen sicherzustellen.

#### **1.4 Entwicklung der Rahmenbedingungen**

Die allgemeinen Rahmenbedingungen für Wertpapierhandelsfirmen, insbesondere im Handel mit Privatanlegern, haben sich im Jahr 2013 nicht nachhaltig verbessert. Die Aktionärszahl in Deutschland befindet sich weiter auf einem sehr niedrigen Niveau und die Privatanleger haben ihre Handelsaktivität, zumindest im Bereich Aktien, trotz einer sehr guten Kursentwicklung insbesondere der DAX-Titel, nicht erhöht. Es herrscht daher nach wie vor ein hoher Wettbewerbsdruck unter den verbliebenen Wertpapierhandelsfirmen und Handelsplattformen bzw. Börsen um insgesamt zu wenige Geschäfte. Erfreulicherweise konnte im Jahr 2013 trotzdem der Verfall der Bruttomargen im Aktienhandel je Trade gestoppt werden und im zweiten Halbjahr war ein positiver Trend zu verzeichnen. Insgesamt ist von einer weiteren

Marktbereinigung auszugehen, die den letztlich verbliebenen Gesellschaften auch langfristig einen profitablen Geschäftsbetrieb ermöglichen wird.

## 2 Wirtschaftsbericht

### 2.1 Geschäftsverlauf

Im Jahr 2013 ergibt sich im Geschäftsverlauf für die Gesellschaft folgendes Bild: Nachdem in den Vorjahren im Laufe des Geschäftsjahres sehr unterschiedliche Ergebnisse erzielt wurden und gerade in den umsatzschwachen Sommermonaten häufig Verluste zu verzeichnen waren, ist es der Gesellschaft nunmehr gelungen, in allen 12 Monaten relativ gleichmäßig profitabel zu operieren, wobei das IV. Quartal besonders positiv hervorzuheben ist. Während in der Jahresprognose noch von einer Stabilisierung der Brutto-Handelsmargen auf sehr niedrigem Niveau ausgegangen wurde, konnte erfreulicherweise im Laufe des Jahres die Handelsmarge kontinuierlich verbessert und damit das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit erheblich auf rund 9,7 Mio. € erhöht werden (Vorjahr: -1,058 Mio. €). Dagegen konnte die von der Gesellschaft in der Jahresprognose angestrebte Reduzierung der variablen Kosten je Trade in der Geschäftsabwicklung von bis zu 10% im Laufe des Jahres noch nicht erreicht werden, da sich verschiedene Projekte bzw. Vertragsverhandlungen verzögert hatten. Die geplanten Kostensenkungseffekte werden nunmehr im Laufe des 1. Quartals 2014 wirksam.

Nach dem Umsatzrückgang bei den sogenannten Börsenschlussnoten aus der Tätigkeit als Market Specialist bzw. Skontroführer an den Börsen Frankfurt und Berlin im Jahr 2012 um 8%, war im Jahr 2013 ein erneuter Rückgang von rund 9 % auf nun 342.668 Transaktionen zu verzeichnen. Offensichtlich ist ein weiterer Verlust von Marktanteilen der traditionellen Börsen gegenüber elektronischen Börsen- oder Handelssystemen wie XETRA oder der TRADEGATE EXCHANGE sowie außerbörsliche Anbieter ursächlich für diesen Umsatzrückgang.

An der TRADEGATE EXCHANGE konnten dagegen im Jahr 2013, im nunmehr 12. Jahr in Folge, die Transaktionszahlen gesteigert werden. Fiel der Anstieg im Jahr 2012 mit 0,38% noch sehr gering aus, hat sich das Wachstum im Jahr 2013 um rund 34,5% auf nun 7.426.314 Transaktionen wieder deutlich beschleunigt. Das durchschnittliche Handelsvolumen je Einzeltransaktion ist im Jahr 2013 von 6.333,-- € auf 6.240,-- € leicht gesunken. Insgesamt stieg das Handelsvolumen im Rahmen der Spezialistentätigkeit an der TRADEGATE EXCHANGE für Aktien und ETPs im Jahr 2013 von rund 35 Mrd. € im Jahr 2012 um 32,5% auf nunmehr 46,34 Mrd. € an.

Die Gesellschaft hat im Zuge der angestrebten Kosteneffizienz und Steigerung der Profitabilität umsatzlose oder illiquide Gattungen, die von der Gesellschaft als Market Specialist oder Skontroführer an den Wertpapierbörsen TRADEGATE EXCHANGE, Frankfurt und Berlin betreut wurden, delistet. Insgesamt wurden mehr Gattungen delistet als neu in den Handel einbezogen wurden. Saldiert ergibt sich der folgende Stand per 31.12.2013: An der TRADEGATE EXCHANGE 5.659 betreute Gattungen (- 391 gegenüber Vorjahr), an der Frankfurter Wertpapierbörse 759 betreute Gattungen (- 100 gegenüber Vorjahr) und an der Berliner Wertpapierbörse 4.170 betreute Gattungen (- 333 gegenüber Vorjahr).

Die Anzahl der Mitarbeiter der Gesellschaft ist unverändert. Vier Neuzugängen standen ebenso viele Austritte gegenüber. Zum Jahresende waren 92 Mitarbeiter in der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank beschäftigt. Die Altersstruktur hat sich entsprechend dem Zeitablauf nur geringfügig verändert. Das Durchschnittsalter liegt bei etwa 41,5 Jahren (Vorjahr 40,7 Jahre) mit dem Schwerpunkt der Altersklasse 30 – 38 Jahre. Die durchschnittliche Be-

triebszugehörigkeit beträgt 10,5 Jahre (Vorjahr 9,6 Jahre). Über die Hälfte der Mitarbeiter hat eine Betriebszugehörigkeit von 10 Jahren oder darüber. Die Gesellschaft legt großen Wert darauf, ihre gut ausgebildeten und qualifizierten Mitarbeiter auch in umsatzschwachen Zeiten zu halten. Ein flexibler Auf- oder Abbau, z.B. mit Zeitarbeitern je nach Geschäftsverlauf, ist in der Branche schlecht möglich und von der Gesellschaft auch nicht gewollt. Vielmehr stellt die Gesellschaft durch flexible Vergütungsmodelle sicher, dass einerseits in wirtschaftlich schwierigen Situationen keine untragbar hohen Festgehälter die Gesellschaft gefährden und andererseits in erfolgreichen Phasen die Mitarbeiter angemessen am Unternehmenserfolg beteiligt werden. Die Mitarbeiter und Vorstände der Gesellschaft erhalten neben ihren festen monatlichen Bezügen eine variable Vergütung. Das Gesamtvolumen der variablen Vergütung ist vom handelsrechtlichen Ergebnis der Gesellschaft abhängig und wird quartalsweise ermittelt. Die Verteilung auf die einzelnen Mitarbeiter und Vorstände erfolgt anhand verschiedener Kriterien, z. B. Stellung im Unternehmen, Betriebszugehörigkeit, besondere Aufgaben u. a. von der Gesamtvergütung in Höhe von 8.197 T€ entfallen 3.260 T€ auf variable Vergütungen, die an alle im Berichtszeitraum tätigen Mitarbeiter gezahlt wurden.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Neuinvestitionen insbesondere zur Verbesserung der Abwicklungssysteme mit Bestandskunden sowie bei den üblichen Ergänzungen oder Erneuerungen der bestehenden IT-Systeme vorgenommen. Software wird in der Regel durch die Gesellschaft selbst entwickelt und gewartet. Die darin einfließenden Personalkosten sind nicht aktivierungsfähig. Lediglich partiell werden einzelne Werkverträge nach außen vergeben, die je nach Umfang aktivierungspflichtig sind. Im Bereich Netzwerke, Datenbanken, Textverarbeitung usw. wird auf Standardsoftware der großen Anbieter zurückgegriffen.

Für die Jahre 2008 und 2009 hat die Gesellschaft mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht über die strittigen Umlagen einen Vergleich geschlossen, für den Vertraulichkeit vereinbart wurde. Eine Übereinkunft bezüglich der Umlagen für die Jahre 2010 bis 2012 konnte bisher noch nicht erzielt werden.

## 2.2 Lage

### 2.2.1 Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2013 weist die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank einen Jahresüberschuss von 4.127 T€ aus, gegenüber einem Jahresfehlbetrag von – 2.712 T€ im Vorjahr. Die Ertragslage der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank ist geprägt vom Nettoergebnis des Handelsbestands, das die wesentlichen Ertragskomponenten der Spezialistentätigkeit beinhaltet. Die performanceabhängige Vergütung an der Frankfurter Wertpapierbörse wird im Provisionsergebnis ausgewiesen. Die Erträge aus dem Private Banking sind bisher zu gering, um das Zins- und Provisionsergebnis zu bestimmen.

Nachfolgend ist die Entwicklung der wesentlichen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung der vergangenen drei Jahre dargestellt.

	2011	2012	2013
Zinsüberschuss	292 T€	146 T€	108 T€
Provisionsergebnis	600 T€	- 78 T€	787 T€
Nettoergebnis des Handelsbestands	24.435 T€	16.709 T€	29.178 T€
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	- 18.963 T€	- 18.550 T€	- 21.244 T€
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	6.793 T€	- 1.058 T€	9.705 T€
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	- 2.444 T€	- 1.671 T€	- 2.918 T€
Steuern von Einkommen und vom Ertrag	- 2.171 T€	- 35 T€	- 2.661 T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	2.178 T€	- 2.712 T€	4.127 T€

Der Zinsüberschuss als Saldo aus Zinserträgen und Zinsaufwendungen – einschließlich der laufenden Erträge aus Aktien und Beteiligungen – ist aufgrund der niedrigen Zinsen im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Aus dem Private Banking kamen keine nennenswerten Beiträge zum Zinsüberschuss. Das Provisionsergebnis hat sich vor allem infolge des Rückgangs der Provisionsaufwendungen verbessert. Dieser ist überwiegend auf die genauere Zurechnung von Provisionsaufwendungen zum Handelsbestand und damit dem Ausweis im Nettoergebnis des Handelsbestands zurückzuführen. Wesentliche Komponente des Provisionsergebnisses ist weiterhin die Vergütung der Makler- und der Spezialistentätigkeit. Diese hat sich auf 769 T€ stabilisiert (Vj. 742 T€). Die im Nettoergebnis des Handelsbestandes enthaltenen Provisionsaufwendungen stiegen von 5.005 T€ auf 7.652 T€. Hintergrund waren zum einen die weiter gestiegenen Umsätze und der davon abhängigen Provisionsaufwendungen sowie die genauere Aufteilung von Provisionsaufwendungen zwischen Handelsgeschäft und anderem Geschäft. Da die realisierten Ergebnisse im vergangenen Geschäftsjahr sich deutlich verbesserten, konnte trotz dieser höheren Provisionsaufwendungen ein Anstieg des Nettoergebnisses des Handelsbestands um 74,6 % verbucht werden.

Die sehr positive Ergebnisentwicklung erlaubte der Gesellschaft die Beteiligung der Mitarbeiter am Ergebnis. Die Sonderzahlungen und Tantiemen sind die überwiegende Ursache der um 2.694 T€ gestiegenen allgemeinen Verwaltungsaufwendungen. Soweit es sich bei den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen nicht um Personalaufwand handelt, stehen sich umsatzabhängige Steigerungen für Systemnutzungen und Verringerung der Umlage von Kosten der Bankenaufsicht gegenüber. Insgesamt haben die anderen Verwaltungsaufwendungen um 550 T€ abgenommen. Die Umlage der Bankenaufsicht, Bereich Wertpapieraufsicht, wurde neu geregelt. Die neue ab 2013 geltende Umlageverordnung stellt auf Ergebnisdaten statt auf die Anzahl von gemeldeten Wertpapiertransaktionen ab. Da zudem im Vorjahr eine deutlich höhere Nachberechnung von Umlagen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erfolgte als im Geschäftsjahr 2013, verringerten sich die Aufwendungen für die Aufsicht um 1.990 T€. Die geänderte Umlageverordnung führt zu einer Umlage, die nur noch etwa ein Hundertstel der bisherigen Beträge ausmacht.

Die Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken bildet die Gesellschaft nach den Regelungen des § 340e Absatz 4 Handelsgesetzbuch. Da der Fonds 50 % des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands nicht erreicht hat, sind 10 % der Nettoerträge des Handelsbestands in den Fonds einzustellen.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag steigen aufgrund des positiven Ergebnisses gegenüber dem Vorjahr an. Die Verlustvorträge für Gewerbe- und Körperschaftsteuer wurden vollständig gehoben.

Aus der Ergebnisentwicklung lassen sich die folgenden Kennzahlen ableiten:

- Umsatzäquivalent definiert als Summe der Zinserträge, der laufenden Erträge, der Provisionserträge, des Nettoergebnisses des Handelsbestands sowie der sonstigen betrieblichen Erträge.
- Aufwands-Ertrags-Relation (CIR) definiert als Quotient aus der Summe der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen und den Abschreibungen sowie dem Rohertrag,
- Eigenkapitalrendite (RoE) definiert als Quotient des Jahresüberschusses zuzüglich der Zuweisung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken und dem durchschnittlichen Eigenkapital,
- Ergebnis je Aktie (EpS) definiert als Quotient des Jahresüberschusses zuzüglich der Zuweisung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken und der Anzahl der Aktien am Bilanzstichtag.

	2011	2012	2013
Umsatzäquivalent	28.033 T€	18.834 T€	31.360 T€
CIR	75,7%	111,7%	71,4%
RoE	14,83%	-3,52%	24,27%
EpS	0,188 €	- 0,042 €	0,287 €

Das positive Umfeld an den Aktienmärkten sowie die relative Stärke gegenüber den Wettbewerbern haben zu einer deutlichen Erhöhung insbesondere des Nettoergebnisses des Handelsbestands geführt. Besondere Ereignisse, die zeitweilig besonders starke Marktbewegungen oder extrem hohe Umsatzvolumina hätten nach sich ziehen können, blieben im Geschäftsjahr aus. Im Zuge des Anstiegs des Nettoergebnisses des Handelsbestands erhöhten sich auch die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen. Neben den umsatzabhängigen Aufwendungen für die Abwicklung der Wertpapiergeschäfte stiegen die Personalaufwendungen aufgrund erfolgsabhängiger Sonderzahlungen an. Da der Anstieg der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen jedoch um einiges geringer ausfiel als der Anstieg der Ertragsseite, verbesserte sich die Aufwands-Ertrags-Relation auf 71,4 %.

Die Ertragslage hat sich im vergangenen Geschäftsjahr sehr positiv entwickelt.

### 2.2.2 Finanzlage

Die Gesellschaft finanziert sich weiterhin überwiegend aus Eigenkapital und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken. Der Fonds ist aufgrund der Tätigkeit der Gesellschaft und des daraus resultierenden Nettoergebnisses des Handelsbestands 2013 mit 2.918 T€ zu dotieren. Nach vier von fünf Jahren der erstmaligen Zuführungen sind 8.837 T€ eingestellt. Im Folgejahr ist bei stabiler Geschäftsentwicklung noch einmal eine ähnliche Zuführung zu erwarten. Ab dem Geschäftsjahr 2015 sind systematisch bedingt nur noch geringere Veränderungen des Fonds zu erwarten.

2013 hat die Gesellschaft weiter eigene Aktien im Rahmen der Handelstätigkeit erworben. Eine erneute Platzierung der Anteile erfolgte nicht. Zum Ende des Geschäftsjahres wurde die Einziehung von 151.536 Aktien der Gesellschaft beschlossen, die sich im Eigenbestand befanden. Das Eigenkapital verringerte sich infolge des Handels in eigenen Anteilen um 259 T€. Gegenüber dem Vorjahr ist die Eigenkapitalquote von 71,5 % auf 64,6 % zurückgegangen.

Da stichtagsbedingt passive Handelsbestände und die sonstigen Verbindlichkeiten, vorwiegend aus Leistungen für Abwicklung von Wertpapiergeschäften, höher sind als zum Bilanzstichtag des Vorjahres, ist der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme geringer. Ferner führte die sehr positive Ergebnisentwicklung zu einem Anstieg der Steuerrückstellungen. Die Kundeneinlagen im Rahmen des Private Banking haben sich nur wenig verändert.

Primär zur Modernisierung der EDV-Ausstattung wurden 215 T€ investiert. Fremdkapital wurde für die Investitionen nicht aufgenommen.

Die Finanzlage ist geordnet.

### **2.2.3 Liquidität**

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist durch die gute Eigenkapitalausstattung und die Anlage der Mittel auf täglich fälligen Bankkonten geprägt. Die Guthaben werden für die Abwicklung des umfangreichen Geschäftes bereitgehalten. Ein Teil dient als Sicherheit für die Unterlegung des Risikos aus noch nicht abgewickelten Geschäften. Die Handelsbestände werden im Rahmen der Geschäftstätigkeit kurzfristig umgeschlagen und sind ebenfalls als liquide anzusehen. Die sehr positive Ergebnisentwicklung hat zu einem entsprechenden Zufluss liquider Mittel geführt.

Im Rahmen des Private Banking werden die recht geringen Kundeneinlagen fristenkongruent angelegt. Für die Durchführung einer Fristentransformation sind die Bestände zu gering. Ausführungen zu den aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern finden sich im Risikobericht.

Im vergangenen Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit zu jedem Zeitpunkt gegeben.

### **2.2.4 Vermögenslage**

Die Bilanzsumme der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank stieg gegenüber dem Bilanzstichtag des Vorjahres um 10.009 T€ an. Auf der Aktivseite erhöhten sich vor allem die Guthaben bei der Deutschen Bundesbank und Kreditinstituten sowie der Handelsbestand. Das Guthaben bei der Deutschen Bundesbank wurde aufgrund der ab 2014 geltenden Regelungen zur Liquidity Coverage Ratio um 2.999 T€ erhöht. Die Guthaben bei Kreditinstituten stiegen infolge der sehr positiven Ergebnisentwicklung um 5.874 T€. Der Handelsbestand übertrifft den des Vorjahres um 1.605 T€. Dies ist auf den im Vergleich zum Vorjahr stärkeren Handel zurückzuführen.

Entsprechend zu dem Handelsbestand auf der Aktivseite hat sich der Handelsbestand auf der Passivseite entwickelt. Der Anstieg betrug im Vorjahresvergleich 1.032 T€. Die Rückstellungen stellen sich auf 3.254 T€ gegenüber 1.387 T€. Die Veränderung ist durch die bessere Ertragslage bedingt. Die Erläuterung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken kann dem Abschnitt zur Ertragslage entnommen werden. Der Anstieg des Eigenkapitals stammt aus dem Jahresüberschuss. Aufgrund des Handels in eigenen Aktien fiel der Zuwachs des Eigenkapitals jedoch geringer aus als der Jahresüberschuss.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

## **3 Nachtragsbericht**

Es sind keine wesentlichen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag eingetreten.

## 4 Prognose-, Chancen-, Risikobericht

### 4.1 Risikobericht

Die Risikoberichterstattung orientiert sich an der internen Risikosteuerung. Basis sind die Informationen, die dem Vorstand und dem Aufsichtsrat regelmäßig zur Kenntnis gegeben werden.

#### 4.1.1 Organisation des Risikomanagements

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank bewegt sich in einem Umfeld, das zum einen starken Schwankungen hinsichtlich des Geschäftsumfanges und zum anderen einer Umwälzung der Rahmenbedingungen unterworfen ist. In diesem Umfeld ist es erforderlich, das Instrumentarium zur Handhabung, Überwachung und Steuerung der relevanten Risiken kontinuierlich weiter zu entwickeln. Mit den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) besteht ein strenger rechtlicher Rahmen für die Überwachungs- und Steuerungsmechanismen und ihrer Dokumentation. Unter Risiko wird grundsätzlich die negative Abweichung eintretender Ereignisse von den erwarteten Ereignissen verstanden. Schaden ist dann der Eintritt eines Risikos mit negativen Folgen. Da sich die Gesellschaft als Liquidity Provider bzw. Spezialist versteht, ist die Bildung und Übernahme von Wertpapierpositionen mit der Erwartung positiver Kursentwicklungen nicht der Ansatz der Geschäftsstrategie. Vielmehr zielt die Geschäftstätigkeit darauf ab, eine Vielzahl von Umsätzen in Wertpapieren zu ermöglichen. Dabei übernimmt die Gesellschaft im Laufe eines Tages zwischenzeitlich die Position als Käufer oder Verkäufer mit dem Ziel, sie weitgehend bis zum Handelsschluss weiter zu handeln. Die Positionen, die bis zum Beginn des Handels am nächsten Tag gehalten werden, sind entsprechend der Strategie der Gesellschaft im Verhältnis zum Handelsvolumen gering. Wenn nennenswerte Einzelpositionen offen gehalten werden, so erfolgt dies grundsätzlich im Rahmen von Liquiditätsanlagen. Die Entwicklungen in der deutschen und der europäischen Börsenlandschaft sind ein wichtiger Einflussfaktor für die Geschäftstätigkeit und die damit zusammenhängenden technischen Entwicklungen und Rahmenbedingungen. Diese Tendenzen sind frühzeitig auf die Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Gesellschaft und auf die technischen Notwendigkeiten hin zu beobachten. Falsche Entscheidungen können vor allem zu hohen Kosten, Ertragsausfällen und Zeitverzögerungen führen.

Basis des Risikomanagementsystems ist die Einteilung der Risiken in Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Adressenausfallrisiken und Liquiditätsrisiken. Das Risikomanagementsystem unterscheidet die unmittelbar mit den Risiken umgehenden Bereiche, das Risikomanagement im engeren Sinne und das Risikocontrolling.

Die oberste Ebene des Risikomanagements ist der Gesamtvorstand, der sich regelmäßig über die Rahmenbedingungen und die Entwicklung der Gesellschaft austauscht. Aufgrund der vom Gesamtvorstand beschlossenen Leitlinien und Risikostrategie werden den operativen Bereichen Handlungs- und Entscheidungsspielräume eröffnet. Das Risikocontrolling, das dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt ist, überwacht die Risikosituation und unterstützt das Risikomanagement insbesondere mit Informationen über eingegangene Risiken. Der Bereich Risikocontrolling hat auch die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems wesentlich mit zu verantworten. Grundlage des Limitsystems ist das erwartete Ergebnis des Geschäftsjahres unter Einbeziehung der aktuellen Eigenkapitalausstattung und des aktuellen Ergebnisses des Geschäftsjahres. Für 2013 wurde eine Verlustobergrenze beschlossen, die für das gesamte Geschäftsjahr unverändert galt.

#### 4.1.2 Institutsaufsicht

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank unterliegt aufgrund der Erlaubnis, Bank- und Finanzdienstleistungen erbringen zu dürfen, der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Danach sind monatlich ein Zwischenausweis, die Berechnungen zur Liquiditätsverordnung sowie quartalsweise die Berechnungen zur Solvabilitätsverordnung und Meldungen zu Groß- und Millionenkrediten abzugeben. Bei besonderen Ereignissen sind zudem gesonderte Anzeigen einzureichen. Aufgrund der Erlaubnis bestimmte Bankgeschäfte zu betreiben, ist die Gesellschaft verpflichtet, eine interne Revision gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement zu unterhalten.

Gemäß Teil 5 der Solvabilitätsverordnung sind bestimmte Informationen zum Risikomanagementsystem und zur Solvabilitätsverordnung offen zu legen. Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank kommt den Offenlegungsvorschriften mit einem separaten Offenlegungsbericht nach.

Die Finanzholding-Gruppe Berliner Effektengesellschaft AG hat die Regelungen zur Solvabilitätsverordnung auf Gruppenebene zum zusammengefassten Monatsausweis und zu den Großkrediten von Institutsgruppen zu beachten. Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank ist per Gesetz übergeordnetes Unternehmen der Finanzholding-Gruppe. Die aufsichtsrechtliche Gruppe umfasst grundsätzlich alle Unternehmen, die auch in den handelsrechtlichen Konzernabschluss einbezogen werden. Lediglich die den sonstigen Unternehmen zuzurechnenden Konzerngesellschaften sowie die Sondervermögen sind in die Zusammenfassung nach dem KWG nicht einzubeziehen. Für die Finanzholding-Gruppe Berliner Effektengesellschaft AG ist die Ex-tra Sportwetten AG, Wien, die im Rahmen einer Vollkonsolidierung in den HGB-Konzernabschluss einbezogen wird, nicht in dieser Zusammenfassung enthalten. Ein Abzug des Buchwertes erfolgt für diese aufsichtsrechtlich nicht. Die quirin bank AG wird in den HGB-Konzernabschluss at equity einbezogen. Für die aufsichtsrechtlichen Meldungen stellt sie nur eine Beteiligung der Berliner Effektengesellschaft AG dar. Die quirin bank AG ist ein eigenständig meldepflichtiges Institut.

Die Kennziffern auf Ebene des Instituts hinsichtlich der Solvabilitätsverordnung und der Liquiditätsverordnung erfüllten die Mindestanforderungen stets ohne Probleme. So lag die Gesamtkennziffer der Solvabilitätsverordnung zwischen 43,22 und 52,52. Für die bisherige Geschäftstätigkeit ist die Solvabilitätskennziffer nicht die entscheidende Größe für die Ausstattung mit Eigenkapital. Hier fallen die Anforderungen der Wertpapiermärkte stärker ins Gewicht, sodass sich, bezogen auf die zu unterliegenden Risikoaktiva, eine sehr komfortable Ausstattung mit Eigenmitteln ergibt. Im Hinblick auf das zukünftig betriebene Kreditgeschäft wird entsprechend der Geschäftsplanung ein Teil der Eigenmittel reserviert. Das Institut nutzt für die Institutsmeldung den Kreditrisikostandardansatz, den Standardansatz für Markttrisikopositionen und den Basisindikatoransatz für operationelle Risiken. Für den 31. Dezember 2013 setzen sich die Eigenmittelanforderung und die Eigenmittel wie folgt zusammen:

<b>Eigenmittelanforderung für</b>	<b>Betrag</b>
Adressenausfallrisiken	820 T€
Abwicklungsrisiken	10 T€
Markttrisikopositionen	897 T€
operationelles Risiko	3.224 T€
<b>Summe</b>	<b>4.951 T€</b>

<b>Bezeichnung</b>	<b>Betrag</b>
eingezahltes Kapital	24.403 T€
eigene Anteile	0 T€
Kapitalrücklage	3.739 T€
sonstige Rücklagen	-1.296 T€
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken	5.920 T€
immaterielle Vermögensgegenstände	-260 T€
<b>Kernkapital</b>	<b>32.506 T€</b>

Die Eigenmittel der Finanzholding-Gruppe setzen sich aus dem gezeichneten Kapital der Berliner Effektengesellschaft AG, ihrer Kapitalrücklage sowie den sonstigen Rücklagen zusammen, soweit sie im Rahmen der Eigenkapitalkonsolidierung nicht gekürzt werden. Davon werden eigene Anteile, aktivische Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung und immaterielle Vermögensgegenstände abgezogen. Unter den immateriellen Vermögensgegenständen werden Software und erworbene Werte ausgewiesen. Die Eigenmittel der Gruppe setzen sich ausschließlich aus Kernkapital zusammen. Für den 31. Dezember 2013 setzen sich die Eigenmittelanforderung und die Eigenmittel wie folgt zusammen:

<b>Eigenmittelanforderung für</b>	<b>Betrag in T€</b>
Adressenausfallrisiken	1.898 T€
Abwicklungsrisiken	10 T€
Marktrisikopositionen	982 T€
operationelles Risiko	3.355 T€
<b>Summe</b>	<b>6.245 T€</b>

<b>Bezeichnung</b>	<b>Betrag</b>
eingezahltes Kapital	13.872 T€
eigene Anteile	-252 T€
Kapitalrücklage	31.556 T€
sonstige Rücklagen	9.656 T€
Anteile in Fremdbesitz	7.956 T€
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken	5.920 T€
aktivischer Unterschiedsbetrag	-12.873 T€
immaterielle Vermögensgegenstände	-260 T€
<b>Kernkapital</b>	<b>55.575 T€</b>

Die Meldung für die Finanzholding-Gruppe Berliner Effektengesellschaft AG erfolgt nach der Solvabilitätsverordnung. Die Gesamtkennziffer der Solvabilitätsverordnung auf Gruppenebene betrug von Januar bis Dezember 2013 zwischen 81,33 und 97,60.

#### **4.1.3 Marktpreisrisiken**

Unter Marktpreisrisiken werden negative Abweichungen von erwarteten Marktpreisentwicklungen verstanden. Marktpreise sind Zinsen, Aktienkurse und Devisenkurse. Aus der Ände-

resultieren Veränderungen des Wertes von im Bestand befindlichen Finanzinstrumenten, z. B. Aktien, Anleihen oder Bankguthaben in Fremdwährung, die zu ergebniswirksamen Abschreibungen führen können. Da ein Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Handel und der Vermittlung von Wertpapiergeschäften in Aktien ausländischer Unternehmen liegt, insbesondere in US-amerikanischen Titeln, kommt hier zudem ein indirektes Fremdwährungsrisiko zum Tragen. Änderungen z.B. des Devisenkurses des US-\$ ziehen bei idealen Märkten entsprechende Änderungen des Aktienkurses in € nach sich. Im Rahmen des Risikomanagementsystems wird dieses Risiko aus Wertpapiergeschäften implizit im Rahmen des Aktienkursrisikos betrachtet.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden die Controllinglimite gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen überwacht. Aufgrund der Ergebniserwartung für 2013 und der Eigenkapitalausstattung wurde eine absolute Verlustobergrenze für alle Geschäfte der Gesellschaft seitens des Vorstandes beschlossen. Ein Teil dieser Verlustobergrenze wurde als Controllinglimite auf die einzelnen Handelsbereiche aufgeteilt. Mit diesen Controllinglimiten werden die schwebenden Verluste aus den offenen Positionen begrenzt. Die schwebenden Verluste errechnen sich aus dem Wert der offenen Position und dem aktuellen Wert anhand eines Referenzpreises. Dieser Referenzpreis wird laufend ermittelt und in das Überwachungssystem eingespielt. In 2013 kam es zu gelegentlichen, kurzfristigen Überschreitungen der meistens nur gering ausgelasteten Limite. Hintergrund der Limitüberschreitungen war in fast allen Fällen eine fehlerhafte Versorgung des Überwachungssystems mit Referenzpreisen. Bei einer Benachrichtigung des Risikocontrollings über eine Limitüberschreitung wird die Ursache ermittelt und der Controllingvorstand entsprechend informiert. Der Controllingvorstand hält dann Rücksprache mit dem betroffenen Handelsvorstand über die zu treffenden Maßnahmen und informiert das Risikocontrolling über das Ergebnis. Bei realisierten Verlusten, die bestimmte Schwellenwerte überschreiten, erfolgt automatisch eine Reduzierung des betreffenden Limits. In einem nachfolgenden Abgleich des aktuellen Ergebnisses der Gesellschaft mit dem geplanten Ergebnis wird über die Beibehaltung oder die Änderung der Limitanpassung entschieden. In 2013 erfolgte keine Anpassung der Controllinglimite.

Ergänzend besteht ein Limit speziell für die Risiken aus möglichen Beständen der Liquiditätsreserve. Die Bemessung der Höhe der Risiken wird analog der Betrachtung bei den Handelsbeständen gehandhabt. Bei Limitüberschreitungen wird der Vorstand unverzüglich informiert, der über die weitere Behandlung der Wertpapiere der Liquiditätsreserve beschließt.

Ein weiteres Controllinglimit besteht für Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Banken, Kunden und Lieferanten, sofern diese nicht auf € lauten. Hier sind insbesondere Risiken aus bei inländischen Kreditinstituten bestehende USD-Guthaben zu nennen. Limitüberschreitungen gab es hier nicht. Sofern Limitüberschreitungen im Laufe eines Geschäftsjahres eintreten, ist eine Benachrichtigung des Controllingvorstandes und des Handelsvorstandes vorgesehen, die dann über die weitere Vorgehensweise beschließen. Devisenswaps zum Management des Devisenrisikos wurden im vergangenen Jahr nicht eingesetzt.

#### **4.1.4 Operationelle Risiken**

Unter operationellen Risiken sind die Risiken zu verstehen, die aus unangemessenen oder fehlerhaften Betriebsabläufen resultieren oder durch Mitarbeiter, Systeme oder externe Ereignisse, einschließlich der Rechtsrisiken, hervorgerufen werden.

Die bestehende Risikomatrix wurde bezüglich der Risiken, der Frühwarnindikatoren und möglichen Gegenmaßnahmen überprüft. Soweit es neue Erfahrungswerte gab, wurden die Frühwarnindikatoren neu in die Risikomatrix aufgenommen oder angepasst. Um einen Über-

blick über eintretende Schäden zu erhalten, waren die Mitarbeiter gehalten, Schadensfälle, die eine jeweils definierte Bagatellgrenze übersteigen, an das Risikocontrolling zu melden. Die entstandenen Schäden, die in erhöhtem Arbeitsaufwand bestanden, waren als gering einzustufen. Im Bereich IT-Operations wird eine Liste für Systemänderungen, -störungen und -ausfälle geführt, die regelmäßig mit der Schadensfalldatenbank abgeglichen wird. Im vergangenen Jahr traten keine nennenswerten Störungen auf, die bestimmbar oder nennenswerte Schäden verursachten.

Das Management der operationellen Risiken obliegt den jeweiligen Abteilungsleitern. Sie überwachen die Arbeitsabläufe, greifen bei Bedarf ein oder passen sie an. Für operationelle Risiken wurde auf Basis der Eigenkapitalanforderung nach der Solvabilitätsverordnung ein Teil der Verlustobergrenze reserviert.

#### 4.1.5 Sonstige Risiken

Die sonstigen Risiken umfassen die Adressenausfallrisiken und die Liquiditätsrisiken. Das Adressenausfallrisiko ist die Gefahr, dass Forderungen nicht rechtzeitig, nicht in voller Höhe oder gar nicht zurückgezahlt werden. Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat ganz überwiegend Forderungen an Kreditinstitute. Wichtigste Bankverbindung, bei der auch die wesentlichen Teile der Liquiditätsanlagen getätigt wurden, ist die quirin bank AG. Da die quirin bank AG aufgrund der Konzernzugehörigkeit im Rahmen des Assoziierungsverhältnisses in ein monatliches Berichtswesen eingebunden ist und personelle Verflechtungen bestehen - der Vorsitzende des Vorstands ist Mitglied des Aufsichtsrates der quirin bank AG - stehen grundsätzlich zeitnah ausreichend Informationen zur wirtschaftlichen Lage zur Verfügung. Darüber hinaus bestehen Konten bei weiteren inländischen Kreditinstituten sowie einem ausländischen Kreditinstitut. Neben diesen dem Zahlungsverkehr und der Geldanlage dienenden Bankkonten bestehen Forderungen auf Steuerrückzahlungen sowie Forderungen aus dem Wertpapiergeschäft an andere Makler. Da diese über die Börsensysteme reguliert werden und die Marktteilnehmer der Aufsicht durch die Börsen und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterliegen, sind die Risiken hierdurch als gering anzusehen.

Um das Adressenausfallrisiko zu minimieren, unterliegen alle einzelnen Transaktionen mit Adressen, die nicht über eine Zulassung an einer deutschen, westeuropäischen oder amerikanischen Börse verfügen, einer gesonderten Überwachung direkt durch den Vorstand. Dies betrifft überwiegend osteuropäische Handelsadressen.

Unter dem Liquiditätsrisiko sind die Gefahren zu verstehen, seinen Zahlungsverpflichtungen nicht, nicht rechtzeitig oder nicht in vollem Umfang nachkommen oder Vermögensgegenstände aufgrund illiquider Märkte nicht oder nicht zu einem angenommenen Preis veräußern zu können. Die Steuerung der Zahlungsbereitschaft erfolgt im Rahmen einer Planung der Zahlungsein- und Zahlungsausgänge für die folgenden zwölf Monate. Das erste Quartal wird auf Monatsbasis, die folgenden werden auf Quartalsbasis berichtet. Sollten bestimmte Grenzen unterschritten werden, erfolgt eine gegenüber dem normalen Turnus häufigere Berichterstattung. Im vergangenen Jahr wurden die selbst gesetzten Grenzen nicht unterschritten. Ergänzend unterliegt die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank den Bestimmungen der Liquiditätsverordnung, die bestimmte Mindestanforderungen an das Verhältnis von Finanzmitteln und Finanzverpflichtungen stellt. Die Kennziffern schwankten im vergangenen Jahr zwischen 4,43 und 8,97, bei einer Mindestkennziffer von 1. Das Marktliquiditätsrisiko wird durch die Auswahl der Handelsplätze, eine Berücksichtigung der jeweils aktuellen Marktlage beim Abschluss von Geschäften und der Begrenzung der offenen Positionen gesteuert und überwacht.

#### 4.1.6 Berichterstattung

Der Gesamtvorstand erhält täglich einen Risikobericht, der die realisierten Ergebnisse des letzten Handelstages, des laufenden Monats und des laufenden Jahres sowie Angaben zu Limitänderungen und zu besonderen Vorkommnissen, wie nennenswerte Limitüberschreitungen und außergewöhnliche Geschäftsabschlüsse hinsichtlich Geschäftspartner, Volumen oder Konditionen enthält. Die Angaben zu den weiteren wesentlichen Risiken der Gesellschaft werden ebenfalls in den Bericht aufgenommen. Insbesondere Angaben zu Schadensfällen aus operationellen Risiken, besonderen Vorkommnissen und getroffenen Maßnahmen finden in den Bericht Eingang. Dieser Risikobericht ergänzt den monatlich dem Vorstand zur Verfügung gestellten Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung. Dieser enthält neben der Bilanz und der Ergebnisrechnung Angaben zur Mitarbeiterentwicklung, zur Entwicklung der Wertpapiergeschäfte und einige Kennziffern. Über die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft erhält der Vorstand derzeit quartalsweise eine detaillierte Aufstellung. Um die Transparenz der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen zu erhöhen, werden dem Vorstand und den Abteilungsleitern auf Anforderung Auswertungen über die den jeweiligen Bereichen zugerechneten Kosten zur Verfügung gestellt. In Gesprächen werden dann Fragen geklärt und ggf. Maßnahmen besprochen. Neben der höheren Transparenz soll auch die Sensibilität der Verantwortlichen gefördert werden.

#### 4.2 Prognose- und Chancenbericht

Die Gesellschaft erwartet für 2014 ein zumindest stabiles Geschäft im Handel mit Privatanlegern. Bei der nach wie vor gegebenen Unsicherheit in Bezug auf Staatsanleihen verschiedener Schuldnerländer und den unattraktiven Zinsen könnten gerade die für die Gesellschaft besonders wichtigen Aktienmärkte weiter profitieren.

Auch im Jahr 2014 besteht die Chance, weitere Marktteilnehmer für eine Anbindung an die TRADEGATE EXCHANGE und damit verbunden weitere Marktanteile zu gewinnen. Allerdings versuchen verschiedene Wettbewerber mit börslichen und außerbörslichen Angeboten, die sich zunehmend an dem Maßstab der TRADEGATE EXCHANGE orientieren, verlorene Marktanteile zurückzugewinnen. Da das Umsatzwachstum der Gesellschaft im Jahr 2013 mit 34,5% weit über der Erwartung lag, ist in der Planung für 2014 lediglich eine Bestätigung bzw. Wiederholung der Transaktionszahl und des Handelsvolumens vorgesehen. Im Monat Januar betrug die Wachstumsquote gut 45% bei der Transaktionszahl und sogar 62% beim Transaktionsvolumen gegenüber dem Vorjahr. Damit ist ein überraschend guter Start mit Rekordumsätzen in das neue Geschäftsjahr gelungen.

Auf der Kostenseite geht die Gesellschaft von einem leichten Anstieg bei den allgemeinen Verwaltungskosten (ohne erfolgsabhängige Tantiemen) aus, die durch das stark gestiegene Geschäftsvolumen bedingt sind. Der bereits im letzten Jahr geplante weitere Rückgang der variablen Kosten je Trade in der Geschäftsabwicklung von bis zu 10% wird nun im Laufe des ersten Quartals 2014 komplett umgesetzt.

In der Finanzdienstleistungsbranche wird sich die Marktberreinigung weiter fortsetzen und nur einige wenige Wertpapierhandelsbanken bestehen bleiben, die hinsichtlich Eigenkapital und rechtzeitiger Diversifizierung ihrer Geschäftsaktivitäten die notwendige kritische Größe erreicht haben. Erst wenn die dringend notwendige Konsolidierung der Branche abgeschlossen ist, dürfte der aktuelle Wettbewerbsdruck nachlassen und sich die nach wie vor unbefriedigenden Handelsmargen weiter verbessern. Der Markteintritt von neuen Wettbewerbern auf den Geschäftsfeldern der Gesellschaft ist als unwahrscheinlich anzusehen, weil der Aufbau vergleichbarer Strukturen jahrelange Vorlaufinvestitionen erfordert und Finanzinvestoren

keine schnelle Rendite verspricht. Für das Jahr 2014 erhofft die Gesellschaft zunächst eine Stabilisierung der Handelsmargen auf dem zuletzt in 2013 erreichten Niveau.

Als eine der größten Herausforderungen für die Gesellschaft in der Firmengeschichte ist die immer noch im Gespräch befindliche Finanztransaktionssteuer anzusehen, die je nach konkreter Ausgestaltung erhebliche negative, aber auch positive Auswirkungen auf Gesamtumsätze und Geschäftsmodell der Gesellschaft haben könnte. Gemäß den aktuellen Diskussionen in der EU zeichnet sich aber noch keine finale Einigung hinsichtlich einer konkreten Ausgestaltung einer solchen Steuer ab, sodass eine Umsetzung noch im laufenden Geschäftsjahr unwahrscheinlich erscheint.

## **5 Erklärung gemäß § 312 AktG**

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2013 abgegeben. Die Schlusserklärung dieses Berichts lautet:

"Über die vorstehend aufgeführten Rechtsgeschäfte und Maßnahmen hinaus sind im Berichtszeitraum keine Rechtsgeschäfte vorgenommen worden und auch keine Maßnahmen bekannt, über die berichtet werden müsste.

Der Vorstand der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank, Berlin, erklärt gemäß § 312 AktG, dass die Gesellschaft für jedes Rechtsgeschäft mit dem herrschenden und den mit ihm verbundenen Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Die Beurteilung erfolgte jeweils anhand der Umstände zum Zeitpunkt in dem das Rechtsgeschäft abgeschlossen wurde.“

Berlin, 28. Februar 2014

Tradegate AG Wertpapierhandelsbank

Thorsten Commichau

Jörg Hartmann

Klaus-Gerd Kleversaat

Kerstin Timm

Holger Timm